

15. September 2011 Die Diakonie kritisiert, dass sich die Pläne von

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen zur Bekämpfung von Altersarmut zu wenig an deren Ursachen orientierten. "Warum muss das Kind immer erst in den Brunnen fallen? Wir müssen heute ansetzen, damit wir in 20 oder 30 Jahren nicht wieder Heerscharen von armen Rentnern haben", sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Donnerstag in Berlin anlässlich des Regierungsdialogs Rente.

Altersarmut verhindert man nach Ansicht der Diakonie am besten, indem möglichst viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. "Derzeit produziert die Politik der Bundesregierung allerdings die Altersarmut von morgen. Immer mehr Menschen arbeiten in Mini-Jobs, befristeten Arbeitsverhältnissen, in Teilzeit oder zu niedrigen Löhnen", kritisiert Stockmeier. Von Altersarmut seien insbesondere Frauen betroffen. "Die Politik muss daher auch dafür sorgen, dass Beruf und Familie besser zu vereinbaren sind."

Im Widerspruch zur Argumentation der Bundessozialministerin stehen nach Ansicht der Diakonie auch die Gesetzesänderungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die seit April gelten. "Es wurden nicht nur die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Hartz-IV-Bezieher abgeschafft, sondern auch die Zuschüsse für andere, freiwillige Altersvorsorge. Die Konsequenz wird sein, dass wir in Zukunft auf eine neue Altersarmut zusteuern", erklärt der Diakonie-Präsident.